

Vorwort

In der Geschichte der europäischen Integration ist es nicht das erste Mal, dass es zu tiefgreifenden Krisen kommt. Der Integrationsprozess ist im Grunde eine Abfolge von Erfolgen und Krisen. 2012 ist allerdings unklar, wie sich die europäische Schulden-, Banken- und Finanzkrise und die damit verbundenen Schwierigkeiten mehrerer Euro-Staaten in die Dialektik von Erfolgsgeschichte und Krisengeschichte einreihen werden. Verfehlt wäre es, diese Debatten nur auf die Wiederauflage von schon als klassisch zu bezeichnenden Kontroversen über die Gestalt Europas zu bezeichnen.

Die Krise hat eine Lawine von Grundsatzdebatten um Europa, aber damit auch über die Entwicklung von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur ausgelöst. Mit der Frage nach Solidarität wird die Debatte um die Existenz und die Existenzbedingungen eines europäischen Demos verstärkt. Bekenntnisse zu Europa als kultureller Gemeinschaft stehen Sorgen um eine unkontrollierbare Transferunion gegenüber. Die Probleme vieler Mitgliedstaaten stellen Grundannahmen zur Entwicklung europäischer Wohlfahrtsstaaten zur Disposition. Vorgesehene Maßnahmen zur Herstellung fiskalpolitischer Stabilität erfordern demnach ein radikales Umdenken von Bürgern, Parteien und Interessengruppen. Und doch wird die Krise trotz der unmittelbaren Kosten und Schwierigkeiten auch als Chance gesehen, durch einen heilsamen Schock gemeinsam die Zukunftsfähigkeit Europas wieder zu erlangen.

Zentrale Themen des Jahrbuchs bilden die mit der Finanzkrise aufgeworfenen Grundsatzdebatten über die Zukunft der Europäischen Union und das Ringen um europäische Antworten.

Das *Kapitel zu den Institutionen der EU* widmet sich der institutionellen Architektur der Europäischen Union. Der Vertrag von Lissabon hat zwar eine Vielfalt von Führungsämtern festgelegt, deren Zuordnung aber weitgehend offen gelassen. Präsident des Europäischen Rates, Präsident des Ministerrates, Präsident der Kommission, Hoher Repräsentant der Außen- und Sicherheitspolitik. Dazu kommen der Vorsitzende des Euro-Rates und der Präsident der Europäischen Zentralbank. Selbst wenn das Europäische Parlament inzwischen selbstbewusster auftritt, ein effektiver, zielführender Entscheidungsprozess, geschweige denn ein ausreichend legitimierter, ist auf diese Weise schwer zu organisieren. Ein tragfähiges institutionelles Gleichgewicht hat sich bisher nicht herausgebildet.

Dies zeigt sich nicht nur in den einzelnen Beiträgen des *Kapitels zur Innenpolitik der Europäischen Union*, die sich wie die Beiträge zur Währungs- und Wirtschaftspolitik unmittelbar mit den sich überschlagenden Entwicklungen der Eurokrise beschäftigen. Die Auswirkungen der Krise betreffen beinahe jeden Bereich europäischen Regierens und die Verhandlungen über das EU-Budget für die Jahre 2014 bis 2020 werfen ihren Schatten voraus.

Die Omnipräsenz der Finanzkrise offenbart sich auch im *Kapitel zur Außenpolitik der Europäischen Union*. Deutlich wird, dass die Europäische Kommission insbesondere in der Außenwirtschaftspolitik und bei den beiden Portfolios Entwicklung und Nachbarschaft weiterhin mit starkem eigenen Profil agiert, ein gemeinsames europäisches Handeln allerdings mit den durch die Vertragsreformen von Lissabon neu geschaffenen Strukturen weiterhin an seine Grenzen stößt.

Und doch ist ein Machtzuwachs der Europäischen Union unübersehbar, zumal zur Krisenbewältigung „Mehr Europa“ gefordert wird und dies mit einem weiteren Souveränitätsverzicht der Staaten einhergeht. Die Frage nach der Legitimation Europas ist damit vehementer als je zuvor gestellt, wie sich auch im *Kapitel zur politischen Infrastruktur* zeigt. Dieses ist der Öffentlichen Meinung und den Europäischen Parteien gewidmet, genauso wie den Mitgestaltungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente und dem Zusammenspiel der Europäischen Union mit den Städten und Gemeinden.

Unsere Autorinnen und Autoren berichten im *Kapitel zur Europapolitik in den Mitgliedstaaten* über die innen- und außenpolitischen Entwicklungen in den 27 EU-Ländern. Auch wenn insbesondere die drei großen Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien die Debatte um die Zukunft Europas prägen, offenbart sich, dass trotz der mit Eurozone und Fiskalpakt angestoßenen Ansätze einer differenzierten Integration europäische Antworten letztlich nur gemeinsam in einem paneuropäischen Raum gefunden werden können.

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union und die Entwicklungen in den Beitrittskandidaten werden im *Kapitel zur Erweiterung der Europäischen Union* thematisiert. Mit der für 2013 vorgesehenen Aufnahme Kroatiens als 28. EU-Mitgliedstaat ist der Beitritt weiterer Staaten unter den gegebenen Vorzeichen in naher Zukunft zunächst einmal fraglich.

Das *Kapitel zur EU und anderen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Entwicklungen der OSZE und den Stand der Beziehungen von EU und NATO.

Eine umfangreiche Bibliographie rundet den Band ab.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 32. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf den Internetauftritt des Jahrbuchs der Europäischen Integration unter „www.Wissen-Europa.de“ hinzuweisen. Durch die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 stehen dort einem breiten Publikum drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung des Projekts durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt insbesondere den Autorinnen und Autoren, die das Jahrbuch über so viele Bände begleitet haben und deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Isabelle Tannous danken wir herzlich.